

„Deutschland braucht eine Trendwende“

Olaf Scholz, Bundesfinanzminister und Kanzlerkandidat der SPD, stellt am Wochenende auf der Klausurtagung des Parteivorstandes seine „Zukunftsmission“ vor. Im Interview erläutert er, wie sie den Klimaschutz und die Digitalisierung voranbringen soll.

Herr Scholz, hat Friedrich Merz Sie schon angerufen?
OLAF SCHOLZ: Nein, hat er nicht. Warum sollte er?

Weil er wissen möchte, wie man Kanzlerkandidat wird, wenn man den Kampf um den Parteivorsitz verloren hat. Dafür braucht es Geschlossenheit und Einigkeit in der Partei – so wie wir uns das in der SPD hart erarbeitet haben. Ob die Union dazu imstande ist, weiß ich nicht.

Sie stehen als erster Kandidat in den Startlöchern, müssen aber auch die meisten Prozentpunkte aufholen. Überwiegen Vorteil oder Nachteil?
Der Weg ins Kanzleramt ist ein Marathon, kein Sprint. Die SPD und ich als Kanzlerkandidat haben den klaren Anspruch, die nächste Regierung zu führen. Auch programmatisch ist die SPD auf klarem Kurs. Wir haben einen klaren Plan für das, was in den nächsten zehn Jahren geschehen muss, eine Zukunftsmission für Deutschland. Das müssen andere erst mal nachmachen.

Sie stellen Ihre Zukunftsmission am Wochenende bei der Klausur des SPD-Vorstandes vor. Lässt sie sich in einem Satz zusammenfassen?
Unser Land steht wirtschafts- und industriepolitisch vor gewaltigen Umbrüchen, deshalb muss Wirtschaftspolitik wieder Chefsache werden statt sich im Ressort-Klein-Klein zu verheddern: Wir wollen gute Arbeitsplätze, klimaneutral wirtschaften und die Digitalisierung vorantreiben.

Wir gewähren Ihnen noch ein paar Sätze mehr.
Zu gültig. Die 20er-Jahre des 21. Jahrhunderts sind für Deutschland das wichtigste Jahrzehnt seit Beginn der industriellen Revolution. Damals haben Staat, Wirtschaft und Forschung die Grundla-

gen für den Wohlstand von heute gelegt. An einer solchen Schwelle stehen wir jetzt wieder. Nur wenn der Wandel hin zu einer digitalen und klimaneutralen Wirtschaft gelingt, wird Deutschland auch in Zukunft zu den wichtigsten Industrienationen gehören. Dazu bedarf es einer entschlossenen Führung durch die Politik. Das heißt: aktiv gestalten statt nur verwalten. Was wir in der kommenden Legislaturperiode versäumen, werden wir nicht mehr aufholen.

Kritisieren Sie gerade die Kanzlerin oder den Bundeswirtschaftsminister?
Naja, die Wirtschaftspolitik in Deutschland ist in den vergangenen Jahren immer mehr dazu übergegangen, Reden zu halten, die nach Ludwig Erhard klingen, und zu hoffen, dass dann alles gut wird. Das reicht aber nicht, wir brauchen eine Trendwende. Die Unternehmen sind längst dazu bereit. Sie stehen in den Startlöchern, wollen Milliarden investieren. Es fehlt ihnen aber der klare politische Rahmen. Das Versprechen, an einem Strang zu ziehen und verlässliche Bedingungen zu formulieren. Deutschland ist zu langsam und zu träge geworden. Das will ich ändern.

Was muss passieren, damit die Umstellung gelingt?
Für eine klimaneutrale Wirtschaft werden wir Unmengen an grünem Strom brauchen. Wir müssen nicht nur die fossilen Kraftwerke, also Kohle und Gas, sowie die Atomkraft durch umweltfreundlichere Energie ersetzen, sondern benötigen auch noch mehr Strom für Verkehr, in der chemischen Industrie oder bei der Produktion, etwa bei Stahl. Das bedeutet, sehr viel mehr Windkraft- und Solaranlagen zu bauen als das derzeit geplant ist. Und wir müssen die Übertragungsnetze massiv verstär-



Olaf Scholz (SPD), Bundesfinanzminister und SPD-Kanzlerkandidat.

FOTO: DPA

ken und in Stromspeicher investieren.

Wo sehen Sie noch ungenutzte Potenziale?
Deutschland war einmal die Apotheke der Welt. Ich will, dass wir das wieder werden. Die Chance dazu haben wir. Von den drei Unternehmen in der Welt, die erstmals einen der

hochmodernen mRNA-Impfstoffe gegen das Coronavirus entwickelt haben, stammen zwei aus Deutschland. Dieser Erfolg ist das Ergebnis von 20 Jahren intensiver Forschung und gezielter staatlicher Förderung. Wenn wir auch künftig weltweit vorne mitspielen wollen, muss uns das viel häufiger gelingen.

Wie wollen Sie die Digitalisierung beschleunigen?

Bei der Digitalisierung muss Politik härter, klarer, und fordernder agieren als bisher. Ich will eine Gigabit-Gesellschaft, und das ist nicht nur ein Schlagwort. Jedes Unternehmen, jede Handwerkerin, jeder Landwirt und jeder Privathaushalt muss bis 2030 über

einen Internetanschluss mit einer Geschwindigkeit von mindestens einem Gigabit pro Sekunde verfügen. Das passiert aber nicht von alleine. Darum muss man sich kümmern und klare Bedingungen mit den Telekommunikationsunternehmen aufstellen.

Sie wollen Europa stärken. Bei

der Impfstoffbeschaffung haben wir gesehen, wie quälend lange es dauert, wenn 27 Staaten und die Kommission sich koordinieren müssen. Hat Ursula von der Leyen Fehler gemacht?

Alles, was wir heute wissen, kann man nur so zusammenfassen: Es hätte mehr Impfstoff bestellt werden können und müssen. Das ist unterblieben. Das sollte niemand beschönigen. Damit sollten wir uns aber nicht zu lange aufhalten, sondern alles daran setzen, dass jetzt mehr Impfstoff produziert wird – und dass er dann auch schnell verimpft werden kann.

Die Kanzlerin sagt, bei der Beschaffung des Impfstoffes sei „im Großen und Ganzen nichts schief gelaufen“. Von Ihnen ist der Satz überliefert, das sei „richtig scheiße gelaufen“. Wie kommen Bundeskanzlerin und Vizekanzler zu derart unterschiedlichen Einschätzungen?

Gute Frage. Ich bleibe bei meinem Urteil: Es hätte mehr bestellt werden müssen.

Haben Sie schon einen Impftermin?

Nein. Ich werde mich impfen lassen, wenn ich an der Reihe bin – und freue mich schon auf den Moment.

Interview: Tobias Peter und Andreas Niesmann

Zur Person

◆ Olaf Scholz (62) ist Anwalt und startete seine politische Karriere bei den Jusos. Er hat der Partei in diversen Funktionen gedient und ist seit 2018 Bundesfinanzminister. 2019 bewarb er sich erfolglos um den SPD-Vorsitz, im Jahr darauf wurde er zum Kanzlerkandidaten gekürt.

Die zerrissene Wählerschaft der AfD

Eine Studie bescheinigt vermeintlich Abgehängten ein negatives Wir-Gefühl.

Florian Pfitzner

■ **Bielefeld.** Als Trump zum US-Präsidenten gewählt worden war, gab es mehrere plausible Erklärungsversuche. Einige gingen auf den vernachlässigten Arbeiter ein, der auf den ökonomischen Populismus ansprang; schwer habe zudem die Abneigung der demokratischen Kandidatin Clinton gewogen. Eine weitere Einschätzung zielte auf die weiße Identitätspolitik von Trumps Kampagne ab, die das Gefühl von kultureller Herabsetzung ausgleichen sollte.

Zu einer ähnlichen Erkenntnis sind nun Forscher der Universität Münster gelangt, als sie sich die Wähler der AfD vorgenommen haben. „Menschen, die ihre eigene gesellschaftliche Gruppe als benachteiligt wahrnehmen, sind unzufriedener mit der Demokratie als andere, sehen in Migrantinnen und Migranten tendenziell eine Bedrohung und würden eher die AfD wählen“, schreiben die Studienautoren. Aus ihrer Untersuchung geht hervor, dass sich insbesondere ältere Menschen „mit einem niedrigeren Bildungsgrad in ländlicheren Regionen“ benachteiligt sehen. Obendrein verfestigte sich bei ihnen das Gefühl, der Gesellschaft seien Leute wie sie egal. Die Genannten, häufig sind es Personen jenseits der 60 oh-

ne akademischen Bildungshintergrund, fühlen sich ausgegrenzt. „Unter ihnen hat sich Frustration ausgebreitet, weil sie ihre Arbeit häufig nicht wertgeschätzt sehen“, sagt der Psychologe Mitja Back. Er hat in dieser Gruppe ein „negatives Wir-Gefühl“ ausgemacht. „Wenn der gesellschaftliche Beitrag der eigenen Gruppe nicht gesehen wird, liegt die Vermutung nahe, dass man generell als unwichtig gilt.“

»Die Pandemie kann der Partei neues Futter geben«

Die Frustration auf wirtschaftlichem Gebiet geht häufig einher mit einer Enttäuschung über Politikerinnen und Politiker, die irgendwann sogar in Verachtung umschlagen kann. „Werden meine Sorgen wahrgenommen?“, sei eine zentrale Frage, sagt Back. Wer zu extrem rechten Gesinnungen neige und die AfD wähle, glaube nicht selten, dass Politiker anderer Parteien sich eh nicht darum scherten, „was Leute wie ich denken“.

„Leute wie ich“, so ein häufiges Gefühl älterer Menschen in ländlicheren Regionen mit Hang zur AfD, profitierten im Gegensatz zu urban geprägten Grünen-Wählern nicht von der Modernisierung. „Werte, die lange wichtig waren, wer-

den heute angeblich nicht mehr geachtet“, erklärt Back. Er mutmaßt, dass dafür aus Sicht der vermeintlich Abgehängten etwa Fragen zur Geschlechtergerechtigkeit überhöht werden, Stichwort Genderstern.

Apropos Grüne: „Zwischen ihnen und AfD-Wählern verläuft die klarste Konfliktlinie“, sagt Back. Eine mögliche Interpretation sei, dass sie „aus Sicht von AfD-Wählern für die Privilegierten stehen, die immer aus einer moralischen Überhöhung heraus argumentiert haben“. Grünen-Chef Robert Habeck sagte neulich der Wochenzeitung *Die Zeit*, dass seine Partei das Pochen auf eine höhere Wahrheit hinter sich gelassen habe, weil „viele Positionen der liberal-grünen Bewegung mittlerweile mehrheitsfähig geworden“ seien.

Die Münsteraner Forscher haben für ihre Studie von August bis November 2019 Interviews und zwei große Online-Befragungen durchgeführt, mehr als 2.500 Personen nahmen teil. Corona könnte der AfD im Übrigen noch nutzen, glaubt Back. „Dass diese Partei wegen ihrer Zerrissenheit nicht schon viel stärker eingebrochen ist, ist ja schon erstaunlich“, sagt der Professor für Persönlichkeitspsychologie. „Die Pandemie, vor allem die unklare Kommunikation bei der Bekämpfung, kann der AfD neues Futter geben.“

Anzeige

MEINE DISZIPLIN IST UNSERE BESTE MEDIZIN.

#ZusammenGegenCorona

Bundesministerium für Gesundheit

Das Virus sucht sich neue Wege – verbauen wir sie ihm. Aktuell am wichtigsten: Kontakte reduzieren. Weiterhin unverzichtbar: AHA, lüften, Warn-App nutzen.

ZusammenGegenCorona.de